

Politik**Gesetzliche Kassen wollen neue Wahltarife anbieten**

dpa

München - Auf den im Bundestag beschlossenen Start der Gesundheitsreform am 1. April wollen die gesetzlichen Krankenkassen mit einer Fülle neuer Wahltarife mit Selbstbehalt oder anderen Eigenbeteiligungen des Versicherten reagieren. Wie das Nachrichtenmagazin „Focus“ berichtet, will die DAK den künftig erweiterten gesetzlichen Rahmen voll ausschöpfen und mehr als zehn neue Individualtarife anbieten.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) begrüßte die Absicht der Krankenkassen. Eine Ministeriumssprecherin sagte am

Montag in Berlin: „Das freut die Gesundheitsministerin sehr.“ Die Ankündigungen der Kassen zeigten, dass mit der Reform der richtige Weg eingeschlagen worden sei.

Neun zusätzliche Tarife bereitet auch die Techniker Krankenkasse (TK) vor. Sie denkt auch an einkommensabhängige Selbstbehalte: je größer das Einkommen, desto mehr Eigenbeteiligung. TK-Chef Norbert Klusen sagte voraus: „Da entsteht eine enorme Dynamik am Markt.“ Der Sprecher der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH), Volker Bahr, stellt ein Angebot in Aussicht, mit dem der Versicherte seinen Beitragssatz auf geringfügig mehr als zwölf Prozent drücken kann.

Auch die Örtlichen Krankenkassen wollen mitziehen. Der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Hans Jürgen Ahrens, versprach „spürbare“ Beitragsentlastungen durch Wahltarife, um das Abwandern von Versicherten zu verhindern. Dafür seien 0,5 Prozentpunkte eine Zielgröße. Ministeriumssprecher Vater sagte zu den flexiblen Tarifen: „Weitere Kassen werden folgen.“ Die Mitglieder erhielten dadurch mehr Wahlfreiheit und würden stärker an ihre Kasse gebunden.

Die 8,4 Millionen Privatversicherten müssen sich aufgrund der Reform nach Einschätzung des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV) auf Beitragserhöhungen von mehr als zehn Prozent einstellen. „Prämiensteigerungen im zweistelligen Bereich sind nach wie vor möglich“, sagte Verbandsdirektor Volker Leienbach dem Magazin. „Alle Tarife müssen neu kalkuliert werden. Das gilt vor allem für das große Wechseljahr 2009.“ Mit der Reform stünde den Privatversicherungen insgesamt weniger Geld zur Verfügung.

Sein Verband gehe davon aus, „dass unsere Mitgliedsunternehmen und ihre Versicherten nach eingehender Prüfung eine Reihe von Verfassungsklagen einreichen müssen“, kündigte Leienbach an. „Die Politik donnert jetzt nicht mehr mit der Abrissbirne gegen die private Krankenversicherung, sondern versucht, uns Stein für Stein abzutragen.“ © ddp/aerzteblatt.de